

Roma *nicht* abschieben!

Mahnwache vor Rathaus: Kommunalen Spielraum nutzen

Nach wie vor werden auch aus Essen Roma-Flüchtlinge in die Staaten Ex-Jugoslawiens abgeschoben, wo sie in Ghettos und Elendslagern landen. Pro Asyl/Flüchtlingsrat macht am Tag der letzten Ratssitzung vor den Ferien, am 24.7.2003, mit einer Mahnwache vor dem Rathaus vor allem die Ratsmitglieder auf die besondere Situation der Roma aufmerksam und fordert sie zur Solidarität auf. Die Ratsmitglieder wurden schriftlich eingeladen und gebeten, den „Berliner Appell: Bleiberecht für Romaflüchtlinge aus Jugoslawien“ zu unterzeichnen. Dem Aufruf haben sich inzwischen viele Persönlichkeiten aus Essen angeschlossen, darunter die drei Superindentenden der evangelischen Kirche, der Vorsitzende des DGB, der Vorsitzende des Ausländerbeirates. Die PDS-Ratsgruppe unterstützt ihn ebenfalls.

Mit einer Kundgebung unmittelbar vor der Ratssitzung werden unterschiedliche Aspekte der Problematik beleuchtet. Juliane Pilz, Sprecherin von Pro Asyl Essen, wird das Bleiberecht für Roma vor allem aus der historischen Verantwortung heraus begründen. Mehr als 500.000 Roma und Sinti sind dem Holocaust zum Opfer gefallen. Gegenüber den „Zigeunern“ gerade auf dem Balkan tobte die rassistische Hetze der Nationalsozialisten in besonderer Weise. Weitere Redner sind der grüne Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel, Babush Eljhazi, ein junger Roma, der in Essen lebt, sowie Stefan Kessler vom Flüchtlingsrat NRW.

Eine Lösung der Problematik kann endgültig nur von der Bundesregierung im Zusammenspiel mit den Bundesländern kommen. Es ist aber keineswegs so, dass es einen Automatismus für Ab-

schiebungen gibt, auch innerhalb der geltenden Gesetze gibt es kommunale Handlungsoptionen. Es obliegt der Ausländerbehörde im Einzelfall die Abschiebehindernisse festzustellen. In den Staaten des ehemaligen Jugoslawien liegen für Roma im Regelfall solche Abschiebehindernisse vor.

Stefan Kessler führt in einem Thesenpapier aus: „Der Oberbürgermeister der Stadt Essen kann durch verwaltungsinterne Weisungen dafür sorgen, dass die Ausländerbehörde diese Sach- und Rechtslage angemessen würdigt und den Betroffenen auf Grund der Feststellungen im Einzelfall im Regelfall Aufenthaltsbefugnisse, zu allermindestens aber Duldungen erteilt werden.“

Darüber hinaus kann der Stadtrat die Initiative zu politischen Gruppenregelungen ergreifen, in dem er den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen auffordert, im Rahmen der Innenministerkonferenz entsprechend tätig zu werden.

Gabriele Giesecke

Krupp-Boulevard macht alles platt

Die Stadt Essen hat keinen genehmigten Haushalt. Angesichts von 430 Mio. Euro geplantem Defizit im Verwaltungshaushalt allein für 2003 hat der Regierungspräsident die Daumenschrauben jetzt noch fester gezogen. Er verlangt von der Stadt eine Prioritätenliste für Bau- und Verkehrsprojekte. Sie soll Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln werden. Jede einzelne Ausgabe muss sich die Stadt genehmigen lassen. Bei der Ratssitzung am Mittwoch stehen erste Beratungen an.

Aus Sicht der PDS ist es z.B. unhaltbar, dass die Verwaltung den Krupp-Boulevard an die erste Stelle der Prioritätenliste Verkehr gesetzt hat. Er allein kostet 120 Mio. Euro. Damit nimmt sie in Kauf, dass andere, für die Einwohner wichtige Verkehrsvorhaben, nicht realisiert werden können. Die Hoffnung für den Krupp-Boulevard eine

Extra-Förderung vom Land zu bekommen, ist angesichts leerer Landeskassen trügerisch.

Auf den St. Nimmerleinstag sollen z.B. der Umbau der S-Bahnhöfe Linie S6, die Verlängerung der U11 oder die Busschleife Heisingen geschoben werden. Wieder einmal heißt es „Nachrang für den ÖPNV“: Die bereits bewilligten Gelder für eine Busspur auf der Kaulbachstraße in Holsterhausen werden sogar zurückgegeben, um – O-Ton Verwaltung – die „Konsolidierungsbereitschaft“ zu dokumentieren. Neben den Nutzern des ÖPNV kommen auch die Radfahrer schlecht weg. Die Fahrradinitiativen Essens haben sich schon kritisch zu Wort gemeldet.

Bei der Erstellung der Prioritätenliste hat wohl wieder der Metropolenwahn, an dem in Essen viele leiden, zugeschlagen. Dabei gibt es ein warnen-

des Beispiel: Der Um- und Ausbau von Zollverein, dem zweiten Mega-Projekt, ist heftig ins Schlingern geraten.

Zu lange hat die Stadtspitze sich darauf verlassen, dass „es“ andere (Land, Bund, EU) schon richten. Umso wichtiger ist es, das Ziel soziale Stadt an die erste Stelle der Stadtentwicklung zu stellen. Doch genau das sieht auch der Regierungspräsident anders: Er drängt in einem Bescheid an die Stadt ausdrücklich auf die Kürzung freiwilliger Leistungen, worunter viele Zuschüsse für soziale Projekte fallen. Ein „heißer Herbst“ könnte anstehen, so oder so.

Gabriele Giesecke



Das kindgerechte Wohnumfeld steht für die Mehrzahl der Familien ganz oben an, wenn es darum geht, die Lebensqualität in der Stadt zu beurteilen. Dies geht aus der vom Kinderbüro organisierten Umfrage „Wohnen mit Kindern in Essen 2002“ hervor, an der sich über 14.000 Haushalte beteiligten.

Während die CDU darauf setzt, mit Bauband für Häuslebauer die Essener bei der Stange, spricht in der Stadt zu halten, spricht das Ergebnis der Umfrage eine andere Sprache: Tatsächlich wünscht sich die Mehrzahl der Bürger/innen ein lebenswertes, attraktives Wohnumfeld im Nahbereich der jetzigen Behausung. Kurz: Grün zu den Menschen statt Bauen im Grünen.

Neben dem Zustand der städtischen Grünflächen im allgemeinen richtet sich das Augenmerk junger Familien im besonderen auf die Beschaffenheit der öffentlichen Kinderspielplätze. Dieses Thema ist bei den Spielplatz-Fachleuten von „Grün und Gruga“, dem ehemaligen Grünflächenamt, nicht erst seit kurzem aktuell. So wurden in den vergangenen Jahren einige Anstrengungen unternommen, um in Sachen Zahl und Zustand der Spielplätze Verbesserungen zu erzielen. Durch Umschichtung von Finanzmitteln konnten in gewissem Umfang Verbesserungen erreicht werden.

Trotz allem sind die Mittel für Neubau, Umgestaltung und Unterhaltung von Spielplätzen bescheiden. Die unter

Mehr Spaß auf Essens Spielplätzen

Kindergerechtes Umfeld ist oft Mangelware

Personalmangel und Zeitdruck zustande kommende „Fließbandarbeit“ der städtischen Planer und das Bestreben von Grün und Gruga, die Wartung der Spielplätze möglichst wirtschaftlich zu gestalten, haben ein größtenteils recht monotones Ergebnis zur Folge: Jeder kennt die Standardausstattung mit Erdwall, kleinem Spielhaus, Doppelschaukel und zwei Wipptierchen.

Für Kleinkinder, die die ersten Schritte in die große Welt machen, ist das sicher spannend genug, aber ab einem Alter von sechs oder sieben Jahren steigen die Ansprüche an Erlebnisgehalt und Vielfalt erheblich. Spielanlagen, die dem Bewegungsdrang und der Abenteuerlust auch größerer Kinder etwas bieten, tragen in vielfacher Weise zur positiven Entwicklung des Wohnumfeldes bei. Trotz Ebbe in der Stadtkasse müssen deshalb erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um das „Produkt“ Spielplätze bei den jungen „Kunden“ besser zu „vermarkten“, um einmal die Ausdrucksweise des „Konzerns Stadt“ zu bemühen:

Einige Vorschläge

■ Aufgrund des hohen Stellenwerts, den Spielplätze und andere öffentliche Freiräume bei den Essenern haben, sind

dringend weitere Umschichtungen von Mitteln erforderlich. Lebenswertes Grün wächst nicht von allein, und gute Kinderspielplätze schon gar nicht.

■ Die planerischen Kapazitäten bei Grün und Gruga sind aufzustocken, so dass statt Fließbandarbeit auch individuellere Planungsansätze gefunden werden können. Eine individuell gestaltete Anlage bewirkt, dass sich Kinder stärker mit „ihrem“ Spielplatz identifizieren.

■ Sicherheit und Sauberkeit sind Grundvoraussetzungen. Hier wurden von Grün und Gruga, z.T. in Zusammenarbeit mit den Entsorgungsbetrieben erhebliche Verbesserungen erreicht. Sichere Spielplätze sind jedoch nicht automatisch gut, denn die phantasievolle Gestaltung ist nicht Gegenstand der TÜV-Untersuchungen.

■ Übertriebenes Sicherheits- und Sauberkeitsdenken verschlingt viel Geld, das sinnvoller für Neu- und Umgestaltung angelegt wäre.

■ Als Ergänzung zu den Planungskapazitäten bei Grün und Gruga könnten die angehenden Landschaftsarchitekt/innen der Uni Essen im Rahmen von Studien- und Diplomarbeiten wertvolle Beiträge für die modellhafte Entwicklung interessanter und trotzdem kostengünstiger Spielplätze liefern.

AK Kinderforum Essen-West: Es geht voran

Nach dem positiven Echo des ersten Kinderforums in Essen-Altendorf trafen sich die Mitstreiter/innen des Arbeitskreises Kinderforum Essen-West Anfang Juli erneut, um begonnene Aktionen mit Kindern weiterzuplanen und auch neue Anregungen für die Mitarbeit von Kindern zu präsentieren.

Für die Aktion „Papierkörbe am Jahnplatz“ wird die EBE zehn Körbe zur Verfügung stellen. Der Künstler Peter Reichenbach wird dieses Projekt begleiten und Lehrer, KiTa-Angestellte und möglichst viele Kinder zur Präsentation und Mitarbeit einladen. Diese Arbeit wurde bereits in den AK Schule und Soziales im Juni eingebracht.

Für die „Mülleimergestaltung“ ist die Künstlerin Moni v. Rheinberg engagiert worden. Nach Ideen der Kinder werden „Monster-Mülleimer“ künstlerisch ummantelt, um das Stadtbild zu verbessern und Bürger/innen aufzufor-

dern „ihre Stadt sauber“ zu halten. Das Geld für zwei Eimer wurde von der Lenkungsgruppe Altendorf im Rahmen des Stadtteilprojektes bereits bewilligt.

Der Bolzplatz an der Christuskirche in Altendorf wird den Kindern vorerst auch erhalten bleiben. Nachdem Anwohner/innen sich über den angeblich immensen Lärm der fußballbegeisterten Jugendlichen beschwert hatten, fand ein allgemeines Treffen zwischen Erwachsenen und Kindern statt, bei dem beide Seiten ihre Argumente für und wider darbringen konnten und die Kinder nun aus eigenen Reihen Aufsichtspersonen ernannt haben. Ein eventueller Lärmschutz, wie bereits in Heisingen installiert, ist angedacht.

Eine Kinderfragestunde ähnlich der Bürgerfragestunde in der BV III war das nächste Thema. Ein Antrag dafür soll an die BV herangetragen werden.



40 Kinder beteiligten sich gespannt und konzentriert am ersten Kinderforum in Essen-Altendorf am 1.4. 2003.

Erfreulich ist auch die bereits begonnene Planung für Kinderforen in Frohnhausen und Holsterhausen. In Sachen Medien planen Mitarbeiter des JZE, mit interessierten Jugendlichen bis 16 Jahren eine Soundcollage von Alltagsgeräuschen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei werden die Kids u.a. in HTML-Programmen geschult,

■ Gutes muss nicht teuer sein. Kriterium für die Qualität eines Platzes muss nicht unbedingt eine teure Geräteaustattung sein. Abwechslungsreiche Planung kann stellenweise auch den Charakter einer Baustelle haben: „herumliegende“ Baumstämme, Wurzelstöcke, Steine, Gebüsch, Trampelpfade oder Matschkühen sind oft für wenig Geld anzulegen. Voraussetzung hierfür ist natürlich die Akzeptanz durch Eltern, die vielfach mangels fehlender alternativer Beispiele ihrerseits einer standardisierten „Sauber-und-ordentlich“-Vorstellung anhängen.

n Ein hervorragendes Instrument, das bereits auf zahlreichen Essener Spielplätzen gut funktioniert, sind die Spielplatzpatenschaften. Diese Idee muss ausgeweitet werden, neue Patenschaften sind zu gewinnen. Voraussetzung ist eine uneingeschränkte Unterstützung der Spielplatzpaten durch die Verwaltung, wenn es darum geht, Missstände zu beseitigen.

Das Motto „Essen-Großstadt für Kinder“ lässt sich nicht durch Lippenbekenntnisse in die Realität umsetzen. Lustige, spannende und für Kinder gut erreichbare Spielplätze wären ein Zeichen dafür, dass man es in dieser Stadt ernst meint mit dem Vorsatz, ein lebenswertes Umfeld für alle zu schaffen.

Jörg Finkeldey

Spielplatzpaten

10 Jahre Spielplatzpaten in Essen, dieser Anlass wurde Anfang Juli im Rathaus gefeiert. 259 Spielplatzpaten engagieren sich derzeit auf 167 Spielplätzen. Sie betreuen sie ehrenamtlich, sind Ansprechpartner bei Problemen, organisieren Spielplatzfeste. So sorgen sie für ein kindgerechtes Umfeld. Der Kinderschutzbund hält das erfolgreiche Projekt für „bundesweit einmalig“. Viele Paten klagen jedoch darüber, dass die Umsetzung ihrer Vorschläge für sie als „Ehrenamtler“ zu viel Aufwand erfordert.

Die Spielplatzpaten der Wiebeanlage an der Henricistraße in Bergerhausen haben eine Broschüre „Zukunftprojekt mobiler Spielplatz“ herausgegeben, in der sie ein Modellprojekt für neue Spielplätze vorstellen.

Näheres unter www.wiebeanlage.de

und der Herstellung von Homepages.

Alles in Allem ein guter Anfang. Die Beteiligung durch die Kinder wächst, um in spielerischer Weise Politik mitzugestalten.

Birgit Lüdtke-Jordan

Versorgung in Borbeck sichern

Bethesda-Krankenhaus gegebenenfalls kommunalisieren

Seit Wochen wird über die Zukunft des Bethesda-Krankenhauses in Borbeck lebhaft öffentlich diskutiert. Das kleine Krankenhaus mit 300 Betten schreibt rote Zahlen. Und da nach dem Krankenhausplan NRW Essen mit Krankenhausbetten übertensortiert ist, soll das Bethesda in der bisherigen Form aufgelöst werden. Dabei gibt es verschiedene Szenarien: Die Kliniken Essen Mitte wollen – wenn sie das Bethesda übernehmen – das jetzige, marode Gebäude abreißen und in einem neuen Gebäude eine Unfallchirurgie mit 85 Betten betreiben. Das zweite Borbecker Krankenhaus, das Phillippus-Stift, will sich selbst auf Kosten des Bethesda vergrößern.

Die stadtteilnahe Krankenhausversorgung würde sich für die Menschen in Borbeck verschlechtern, wenn das Bethesda wegfällt. So bliebe in Borbeck keine Entbindungsstation mehr, um nur ein Beispiel zu nennen. Wege durch die ganze Stadt müssten sowohl die Patienten wie deren Angehörige aus dem 100.000-Einwohner-Bezirk in Kauf nehmen. Vor allem der Borbecker Bürger- und Verkehrsverein (BBVV) macht dagegen mobil. Er weist darauf hin, dass der Essener Norden bei der Krankenhausversorgung gegenüber dem Süden weiter benachteiligt wird.

Wenn die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung in Essen-Bor-

beck nicht sichergestellt ist, müsste nach dem Krankenhausgesetz NRW die Stadt das Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft weiterführen. Die SPD will der Verwaltung auf der Juli-Ratssitzung einen entsprechenden Prüfauftrag erteilen. Die PDS-Ratsgruppe unterstützt diesen Antrag, der auch alte gewerkschaftliche Forderungen aufgreift. Die Gewerkschaft ver.di, früher die ÖTV, hat sich immer für einen Anteil kommunaler Krankenhäuser ausgesprochen. Der ist in Essen seit Jahrzehnten überhaupt nicht mehr gegeben. Die ehemaligen städtischen Krankenanstalten gingen 1963 als Medizinische Fakultät aufs Land über. Seitdem ist die Essener Krankenhauslandschaft mit Ausnahme der Universitätsklinik und des Krupp-Krankenhauses von den beiden christlichen Kirchen dominiert. Und hier liegt auch ein großes Problem: Die Stadt hat gestaltend keinerlei Einfluss auf die Entwicklung.

Die SPD ist allerdings in jedem Fall auch gefordert, auf Landesebene tätig zu werden. Nach der bisherigen Definition ist eine „wohntnahe“ Versorgung nach dem Krankenhausgesetz noch gegeben, wenn es Angebote in Umkreis von 30 km gibt. Wird das nicht geändert, haben die Borbecker wohl schlechte Karten.

Gabriele Giesecke

BEZIRK III ESSEN-WEST

Priorität für Altendorf

Die Bezirksvertretung III Essen-West hat sich in ihrer letzten Sitzung besorgt gegen Kürzungen bei den aus Landesmitteln geförderten Projekten für den Stadtteil Altendorf ausgesprochen. Derzeit ist unklar, wie sich die restriktiven Auflagen des Regierungspräsidenten für den städtischen Haushalt (siehe S. 1) auf die Fortführung des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ auswirken. Möglicherweise können nicht alle geplanten Projekte finanziert werden, falls der Regierungspräsident den 10 %igen Eigenanteil der Stadt für unaufbringbar hält.

In dem auf Antrag der PDS einstimmig gefassten Beschluss heißt es:

„Die Bezirksvertretung III Essen-

West ist von der vom Regierungspräsidenten angeordneten restriktiven Freigabe von Mitteln der Stadt Essen alarmiert. Sie ist der Auffassung, dass alles getan werden muss, um die im Rahmen des Stadtteilprojektes Altendorf – „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ vorgesehenen Projekte durchführen zu können. Die begonnene, gute Arbeit darf nicht gefährdet werden ...“

Geplant sind Projekte wie die Umgestaltung des Christus-Kirchplatzes, des Jahnplatzes, des Schulhofes der Gesamtschule Bockmühle oder die Neugestaltung der Altendorfer Strasse. Sie sind noch nicht haushaltswirksam vergeben. Auch die Stadtteilkonferenz Altendorf hat sich am 3.7. für die Priorisierung der Projekte „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ausgesprochen.

Wolfgang Freye

Einmütig stimmte der Rat dem Projekt „Lernwelt Essen im Essener Konsens“ zu. Das Projekt wird – neben 75 weiteren im gesamten Bundesgebiet – aus Mitteln des Bundesministerium für Bildung und Forschung und der EU gefördert. Als ressortübergreifendes Netzwerk soll es eine grundlegende und nachhaltige Verbesserung der Bildungschancen und der Lernmöglichkeiten transferieren. PDS-Ratsherr H.-J. Stahl in seinem Redebeitrag: „Das Projekt ist eine angemessene Antwort auf die desolante Strukturentwicklung der Stadt. Das Hauptstrukturproblem ist das Nord-Süd-Gefälle, das sich im Bildungsgefälle, Sozialgefälle, am Migrantenanteil, hoher Arbeitslosigkeit und kultureller Benachteiligung manifestiert.“

Die Verwaltung informierte über den **Erlaß des Innenministerium** „Kommunal Finanzen in NRW. Umgang mit Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept“. Der Rat bestätigte einstimmig die Vorlage der Verwaltung, die die Terminsetzung der Vorlage einer Prioritätenliste von Maßnahmen des Vermögenshaushaltes zum 20.6.2003 ablehnt. Die Liste soll jedoch schnellstmöglich erstellt und beschlossen werden.

Nach kontroverser Diskussion zum „Freizeitzentrum Oase“, der Darstellung der bekannten Standpunkte der Fraktionen und Gruppen und des Appells von SPD, Grüne und PDS, die kostenintensive und familienunfreundliche Bauvariante mit einem Außenbecken zugunsten einer Wiederöffnung des Nöggerathbades fallen zu lassen, kam es zu einem CDU/FDP Mehrheitsbeschluss für diese Variante. Für die PDS-Ratsgruppe charakterisierte Ratsfrau G. Giesecke besonders die Notwendigkeit einer familienfreundlichen Gestaltung der Oase.

Gegen die Stimmen von Grünen und PDS beschloss die Ratsmehrheit den **Verkauf von 49% der Geschäftsanteile** der Stadt an der Entsorgungsbetriebe Essen GmbH (EBE) an die RWE Umwelt AG. Damit gibt die Stadt eine weitere Möglichkeit kommunaler Entscheidungsfreiheit aus der Hand.

H.-J. Schwartz

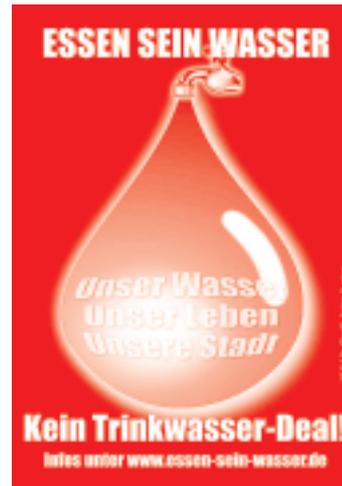
IMPRESSUM:

„Stadttrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906
www.pds-essen-im-rat.de,
e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

Das vom Rat im Grundsatz beschlossene US-Leasing-Geschäft mit den Abwasserkanälen und das vom Aufsichtsrat der Stadtwerke angestrebte Trinkwasser-Leasing sind gescheitert. Anlass für diese Entscheidung der Verwaltungsspitze war ein Schreiben der Deutschen Bank vom 27.5.2003, in dem die Verwaltung über den derzeitigen Sachstand

der Transaktionen informiert wurde. Danach lassen sich „großvolumige US-Leasingtransaktionen“ deutlich schwieriger als vor zwölf Monaten durchführen. Ursache sind die „schlechte Konjunkturlage in den USA“, „portfoliobezogene und weltpolitische Aspekte der US-Investoren“ sowie das zur Zeit niedrige Zinsniveau. Beim Trinkwasser-Leasing kommt hinzu, dass die Stadt den niedrigeren Barwertvorteil mit den Miteignern der Stadtwerke hätte teilen müssen.

„Es ist leider nicht die Einsicht der Stadtspitze, dass die spekulativen US-Leasing-Geschäfte zu riskant sind, die zu dem erfreulichen Scheitern der geplanten Verkäufe führte, sondern die Wirtschaftsfloute in den USA,“ schrieb die



PDS-Ratsgruppe in einer ersten Stellungnahme. „Immerhin ist zukünftigen Generationen eine gerade beim Wasser hochsensible Hypothek erspart geblieben.“ In der kommenden Ratssitzung fragt die PDS-Ratsgruppe die Verwaltung, welche Kosten bereits durch die Vorbereitungen für die ins Wasser gefallenen Geschäfte entstanden sind.

Die Initiative gegen das Trinkwasser-Leasing

feierte die Absage als Erfolg. Die Initiative ist davon überzeugt, dass die Vorbereitungen für ein Bürgerbegehren den Verzicht der Stadt auf die Geschäfte beschleunigt hat. Gerade erst hat eine Initiative in Oberhausen fast doppelt so viele Stimmen für ein Bürgerbegehren gegen ein Trinkwasser-Leasing gesammelt, als benötigt werden.

Die Mitglieder der Initiative, darunter auch die PDS-Ratsmitglieder, wollen nicht nur das Trinkwasser-Leasing verhindern, sondern lehnen US-Leasing-Geschäfte generell ab. Die Initiative will sich deshalb am 4. September (19.30, Apo-Haus, Mülheimer Str. 68) erneut treffen, um weitere Schritte zu beraten.

wof, syb

Stadt soll Fragen des „Grünbuchs“ beantworten

Mit insgesamt 30 Fragen zur zukünftigen Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge hat sich die EU-Kommission an die Öffentlichkeit gewandt. Die PDS-Ratsgruppe will jetzt im Stadtrat erreichen, dass die Stadt Essen zu den Fragen Stellung nimmt, um ihre Chance wahrzunehmen, bereits im Vorfeld auf EU-Rahmenregelungen Einfluß zu nehmen.

Mit der Vorlage des Grünbuches zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse durch die EU-Kommission geht der europäische Gesetzgebungsprozess zur zukünftigen Gestaltung der Daseinsvorsorge in eine entscheidende Phase. Im Grünbuch werden die umfangreichen Liberalisierungs- und Privatisierungsabsichten dargestellt. Von der Telekommunikation über Schulen, Kultur, soziale Einrichtungen über Strom-, Gas- und Wasserversorgung bis zum Öffentliche Personennahverkehr sind viele Bereiche angesprochen. Darüber hinaus werden

Fragen nach den Auswirkungen einer EU-weiten Ausschreibungspflicht ebenso gestellt, wie nach Qualitätsstandards und ökologischen Gesichtspunkten.

Aus Sicht der PDS sollte die Stadt Essen die Gelegenheit für eine Bilanz nutzen, inwieweit die Liberalisierung von Dienstleistungen wirklich den Interessen der Einwohner entspricht. Diese sehen den Ausverkauf von Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge sehr kritisch. Bis zum 15.9.2003 sollen die Stellungnahmen in Brüssel sein. Die Zeit drängt also. Deshalb soll nach Vorschlag der PDS-Ratsgruppe die Stellungnahme der Verwaltung bis Ende August den Ratsparteien zugeleitet werden, damit noch eine öffentliche Erörterung möglich ist. In der Hauptausschuss-Sitzung im September könnte ein Beschluss erfolgen und eine Diskussion in der Ratssitzung im September sollte auch noch möglich sein.

Gabriele Giesecke